



Amtliche Bekanntmachung

Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 16. September 2019

- I. Für die Einführung einer elektronischen Bewohnenden-Dokumentation (eBewDok) in den städtischen Alterszentren wird ein Investitionskredit von Fr. 480'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens Eigenwirtschaftsbetriebe bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- oder mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 20. Sept. 2018.
- II. 1. Es wird eine neue Verordnung über Fahrzeugabstellplätze (Parkplatzverordnung, PPVO) erlassen. 2. Die Verordnung über die Fahrzeugabstellplätze vom 27. Okt. 1986 wird aufgehoben. 3. Der Stadtrat wird eingeladen, für die Parkplatzverordnung (PPVO) die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen. 4. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Parkplatzverordnung (PPVO) und dem dazugehörigen Reduktionsplan in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich dies als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen sollte. Solche Beschlüsse sind zu publizieren. 5. Das Baupolizeiamt wird zur Prozessführung in allfälligen Rechtsmittelverfahren gegen die Parkplatzverordnung ermächtigt.
- III. Für die Erstellung der flächendeckenden Blauen Zone (Projekt-Nr. 11516) wird ein Kredit von Fr. 700'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- oder mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Januar 2019.
- IV. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- V. Der Geschäftsbericht 2018 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur wird zur Kenntnis genommen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Helbling (SP) und B. Huizinga (EVP/BDP) betr. Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Effizienz in der Verkehrssteuerung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation F. Helg (FDP) betr. zeitliche Abwicklung von Strassenbauarbeiten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Rechtsmittel:

- Rekurs an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat
Frist: 60 Tage ab Publikation

Winterthur, 19. September 2019 (Publikationsdatum)

Parlamentdienst Winterthur

Internet: <http://gemeinderat.winterthur.ch/de/sitzung/>